

## Was tun gegen Insekten- und Vogelsterben (Yannick Mildner, DIE LINKE)?

### 1) Unterstützt Ihre Partei die Absicht, die Landwirtschaft insektenfreundlicher zu machen?

**Ja! Die Umwelt ist eine Kette.** Die Menschen hängen von Getreide, Bienen etc. ab. Die Bienen hängen wiederum von gesunden Äckern und Blumen ab. Die Vögel hängen von Insekten ab. Und die Insekten hängen von ungiftigen Pflanzen ab. Eine insektenfreundlichere Landschaft nützt allen.

### 2) Was muss nach der Meinung Ihrer Partei umgehend getan werden?

Es darf **keine weitere Zulassung von Glyphosat** geben. Die internationale Agentur für Krebsforschung (IARC) stuft Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ ein. Rückstände dieses Mittels lassen sich in fast allen Nahrungsmitteln, aber auch in menschlichen und tierischen Ausscheidungen nachweisen. Die Europäische Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA kommt zu einem anderen Schluss. Solange die Unterschiede bei der Bewertung der Gesundheitsgefährdung durch Glyphosat zwischen der Krebsforschungsagentur der WHO, IARC und der Europäischen Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA nicht abschließend geklärt sind, ist eine weitere Zulassung dieses Unkrautvernichters für 15 Jahre aus Sicht der LINKEN unverantwortlich. Es würde vermutlich auch niemand aus einem Glas Wasser trinken, wenn dort eine Substanz enthalten wäre, von der man nicht genau sagen könnte, ob sie giftig ist oder nicht, egal um welche Menge es sich handeln würde. Es muss weiterhin Geld für die Forschung in Alternativen, die es gibt, investiert werden:

- **Mechanische und technische** Alternativen: Geräte wie ein Glychomulch oder eine Geohobel
- **Thermische** Alternativen: Behandlung mit heißem Dampf – die Zellen im Unkraut werden damit beschädigt und das Unkraut stirbt ab
- **Mischkulturen:** durch mehrere Pflanzenarten in der gleichen Fläche können die Nährstoffe im Boden durch die unterschiedlichen Wurzelsystem besser aufgenommen werden und das Unkraut wird effektiv besser unterdrückt. Mischbestände sind außerdem robuster ggü. Schädlingen.
- **Biologisch-chemische** Alternativen: Pelargonsäure und Essigsäure sind weniger schädlich und ihre Inhaltsstoffe kommen in Pflanzen natürlich vor. Die Abbauprodukte sind deshalb unbedenklich.

**3) Sollten die Kommunen den Einsatz von Giften wie Glyphosat einstellen (glyphosاتفreie Gemeinden, wie z.B. Bensheim)?**

**Ja!** Heppenheim hat dies auch mit einer 2-Stimmen-Mehrheit getan. Ich habe für ein Verbot des Mitteleinsatzes gestimmt.

**DIE LINKE hat im Kreis einen Antrag eingebracht**, um dies auch dort zu thematisieren. Insbesondere wollen wir ein Verbot des Einsatzes von Glyphosat auf Flächen des Kreises.

**4) Sollten die hessischen Staatsdomänen auf biologische Landwirtschaft umgestellt werden? Gründe?**

Die hessischen Staatsdomänen sollten sobald wie möglich auf biologische Landwirtschaft umgestellt werden. Dies ist positiv für die Pflanzenwelt, für die Tierwelt und im Umkehrschluss auch positiv für die Menschen.

**5) Ist Ihre Partei für eine Reform der EFSA, damit in Zukunft keine naturschädigenden Mittel (wie Neonikotinoide) mehr genehmigt werden?**

**DIE LINKE ist für eine Reform der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA).** Laut einem Bericht der Süddeutschen Zeitung arbeiten führende Mitarbeiter der EFSA eng mit der Industrie zusammen. Sie sind für große Lebensmittelunternehmen wie Nestlé, Kraft Foods oder Unilever tätig, die sie andererseits kontrollieren sollten. Dadurch ist die Unabhängigkeit der Behörde stark gefährdet.

**Die EU-Staaten haben im April einem Freilandverbot für drei bienenschädliche Insektengifte zugestimmt.** Dies ist ein guter Schritt, dem auch Deutschland zugestimmt hat. Auch weitere Insektengifte bzw. Neonikotinoide müssen überprüft bzw. verboten werden.

**6) Wie kann das geschehen (Stichworte: unabhängige Studien oder Industriestudien? Einfluss der Industrielobby? Prüfbestimmungen...)?**

Es muss unabhängige Studien geben. Die EFSA darf keine Personen einstellen, die gleichzeitig für große Konzerne wie beispielsweise Nestlé tätig sind. Bei der Einstellung von Personen muss die Behörde kritisch gegenüber denen sein, die für diese Konzerne in der Vergangenheit tätig waren.